

Ä1 zu A1: Unsere Zukunft liegt in Europa

Antragsteller*innen Uwe Kekeritz MdB (KV Neustadt/Aisch-Bad
Windsheim)

Von Zeile 89 bis 93:

ökologischen Kriterien ausgerichtet ist. ~~Die bisherige Subventionspraxis in der Landwirtschaft kommt besonders den großen Betrieben zugute und bringt Umweltzerstörung, Höfesterben und Industrialisierung. Das wollen wir nicht in Bayern und nicht für Europa. Die Subventionierung des Insektensterbens mit europäischen Geldern muss beendet werden.~~ Die auf Export orientierte europäische Agrarpolitik bedroht die Märkte in Entwicklungsländern, ist aber auch für massive Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung in Brasilien und Argentinien verantwortlich. Deshalb wollen wir eine radikale Neuausrichtung der EU-Landwirtschaftspolitik. Die Verstärkung von Armut und Hunger aber auch des Insektensterbens durch fehlgeleitete Subventionen müssen beendet werden. Unser Ziel ist eine starke EU-Politik

Begründung

Die Bedeutung Europas besteht nicht nur für Europa selbst, ist also nicht nur nach innen zentriert sondern besteht auch darin, positiven Einfluss auf internationaler Ebene ausüben zu können. Diese wichtigen Aspekte können wir in einem auf das Europawahlprogramm abzielenden Antrag nicht außen vor lassen.

Weiter Begründung mündlich.

Ä2 zu A1: Unsere Zukunft liegt in Europa

Antragsteller*innen Uwe Kekeritz MdB (KV Neustadt/Aisch-Bad
Windsheim)

In Zeile 137 einfügen:

Produktion erleichtert werden.

Die öffentliche Beschaffung soll sich verbindlich an ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Kriterien orientieren, das durch europäisches Recht längst ermöglicht wird und die EU-Kommission fordert. Für die Lieferketten aller Unternehmen wollen wir auf EU-Ebene verbindliche Sorgfaltspflichten, Berichtspflichten sowie effektive Sanktionen bei Verstößen und Menschenrechtsverletzungen. Dazu ist die EU zum Beispiel beim Thema Konfliktrohstoffe bereits auf einem guten Weg. Diesen gilt es weiterzuverfolgen und auf andere Themen auszudehnen. Damit auch geförderte private Investitionen im globalen Süden zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen können, müssen sie mit verbindlichen Menschenrechts- und Nachhaltigkeitskriterien sowie wirksamen Kontrollmechanismen verknüpft werden.

Begründung

Europa muss zu einem wesentlichen Umsetzungsfaktor der Pariser-Erklärung aber auch der Nachhaltigkeitsagenda werden. Und tatsächlich ist die EU-Kommission in vielen Bereichen schon weiter als Deutschland. Deshalb ist es wichtig, dass Deutschland die im Absatz genannten Aspekte zukünftig forciert. Die öffentliche Beschaffung ist letztlich der größte Investitionsbereich innerhalb Europas und könnte daher enorme Wirkung erzielen. Die Lieferkettenproblematik wird seit Jahren unsererseits aufgegriffen. Dieser zentrale Aspekt darf auf keinen Fall fehlen. Weitere Begründung mündlich

Ä3 zu A1: Unsere Zukunft liegt in Europa

Antragsteller*innen Uwe Kekeritz MdB (KV Neustadt/Aisch-Bad
Windsheim)

Von Zeile 165 bis 167:

eigenen Geschichte ~~bejahen werden~~ wir ~~ohne Wenn und Aber~~ das Menschenrecht auf Asyl verteidigen. Das ~~Sterben der Flüchtlinge~~ Sterbenlassen von Menschen auf dem Mittelmeer kann uns nicht kalt lassen der Flucht im Mittelmeer ist moralisch inakzeptabel und völkerrechtswidrig. Wir wollen legale Wege für Flucht und Einwanderung und ein liberales Einwanderungsgesetz

Von Zeile 172 bis 173:

der unzähligen Ehrenamtlichen, die jeden Tag viel für Integration ~~tun~~, leisten auch eine Bekämpfung von Flüchtlingsursachen überzeugende Politik, die zu globaler Gerechtigkeit führt.

Begründung

Die Änderungen in diesem Absatz sind eher redaktioneller Art, weitgehend selbsterklärend und ersetzt Formulierungen wie "ohne Wenn und Aber" oder das darf uns nicht "kalt lassen". Den letzten Satz habe ich geändert, da wir vorsichtig mit dem Ausdruck "Fluchtursachen Bekämpfung" sein sollten. Im EU-Wahlprogramm wurde deshalb auch der ÄA der BAG übernommen. (globale Gerechtigkeit - Ziel).

Ä4 zu A1: Unsere Zukunft liegt in Europa

Antragsteller*innen Uwe Kekeritz MdB (KV Neustadt/Aisch-Bad
Windsheim)

In Zeile 173 einfügen:

Bekämpfung von Flüchtlingsursachen.

Als größter Geberin im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit kommt der EU eine besondere Verantwortung zu. Allerdings konzentriert sie sich immer stärker auf Grenzmanagement und dem weiteren Ausbau der Festung Europa. Vielmehr wollen wir alle Politikfelder der EU neu ausrichten und so dem Auftrag der "Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen" (SDGs) sowie dem Ziel einer sozial-ökologischen Transformation Rechnung tragen. In diesem Sinne muss die EU-Außenpolitik die Menschenrechte und nicht die Profitinteressen der Konzerne zur Richtschnur haben. Auch lehnen wir es ab, zivile und militärische Gelder zu vermischen. Darüber hinaus wollen wir die ungerechten Wirtschaftsabkommen (EPAs) mit Ländern in Afrika, der Karibik und im Südpazifik stoppen und neu verhandeln. Denn nur fairer Handel ist freier Handel.

Begründung

Dieser eingefügte Absatz enthält noch zwei wesentliche Aspekte der EU Verantwortung, die im übrigen Text nicht ausreichend bzw. gar nicht aufgegriffen sind. Sie sind aber von zentraler und auch globaler Bedeutung und definieren auch die Außenwirkung der EU. Leider ist sie auf diesen Gebieten noch sehr negativ. Die Nachhaltigkeitsziele, das Pariser-Abkommen sind von den im Absatz genannten Aspekten abhängig, d.h. sie werden nur dann erfolgreich umgesetzt werden, wenn auch die EU auf diesen Gebieten zukünftig wesentlich mehr verantwortungsbewußtsein zeigt.
Weiter Begründung mündlich.

Ä5 zu A1: Unsere Zukunft liegt in Europa

Antragsteller*innen Uwe Kekeritz MdB (KV Neustadt/Aisch-Bad
Windsheim)

Von Zeile 307 bis 312:

Wir Grüne setzen uns mit ganzer Kraft für ~~Europa~~ ein –~~ohne Schlingerkurs, ohne~~
~~Wenn~~geeintes, friedliches, rechtsstaatliches, tolerantes und ~~Aber~~weltoffenes Europa ein.
Europa ist unser großes ~~Friedensprojekt~~Friedensversprechen. Jede Stimme für Grün bei
den Europawahlen ist eine Stimme gegen autoritäre Tendenzen, gegen
~~Fremdenfeindlichkeit~~Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und ~~gegen~~
~~Antisemitismus~~gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit jeglicher Art in Europa.-Wir
stehen ein für Menschenrechte und für Solidarität - denn Europa gründet sich auf die
Werte der Humanität. Wir treten ein für ~~Rechtsstaat~~Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

Begründung

Anstelle von Schlingerkurs, ohne wenn und aber, sollten wir einfach sagen was wir
wollen. Der Begriff Friedensprojekt ist schlicht falsch. Ein Projekt ist zeitlich definiert,
hat einen bestimmten Etat und man lernt aus einem Projekt oder eben auch nicht. Es
handelt sich um ein sehr problematisches Framing. Europa ist kein Projekt sondern
ein Weg, den wir gemeinsam gehen wollen. Genau Interpretation und Wirkung des
Begriffs siehe:

<https://www.zeit.de/2017/03/elisabeth-weling-fpoe-bundespraesidentenwahl-oesterreich-ausblick>

Auch der Begriff Fremdenfeindlichkeit ist problematisch und sollte vermieden werden
- daher Menschenfeindlichkeit:

<https://www.neuemedienmacher.de/wp-content/uploads/2014/04/Tagungsdokumentation-NDM-Begriffe-2013.pdf> \

"page=45

Ä6 zu A1: Unsere Zukunft liegt in Europa

Antragsteller*innen Ulrike Taukert (KV Neustadt/Aisch-Bad
Windsheim)

In Zeile 40 einfügen:

innerhalb Europas sorgen sowie wirksam für globale Gerechtigkeit eintreten.

Begründung

Z 38-40

Europa wirkt nicht nur nach innen sondern auch global. Deshalb ist die Ergänzung notwendig.

Ä7 zu A1: Unsere Zukunft liegt in Europa

Antragsteller*innen Ulrike Taukert (KV Neustadt/Aisch-Bad
Windsheim)

In Zeile 48:

wollen. Wir wollen, dass ~~bei uns~~ Bürger*innen- und Menschenrechte global eingehalten

Begründung

Die Einhaltung von Bürger*innen und Menschenrechten ist eine globale Zielsetzung

Ä8 zu A1: Unsere Zukunft liegt in Europa

Antragsteller*innen Ulrike Taukert (KV Neustadt/Aisch-Bad
Windsheim)

In Zeile 56 einfügen:

und demokratischer machen. Wir wollen ein Europa, das sich weltweit entschieden für Klima- und Umweltschutz, Gerechtigkeit und Menschenrechte einsetzt.

Begründung

Das sind die zentralen Forderungen der Grünen. Auch Europa muss diese Aufgaben übernehmen

Ä9 zu A1: Unsere Zukunft liegt in Europa

Antragsteller*innen Ulrike Taukert (KV Neustadt/Aisch-Bad
Windsheim)

In Zeile 129 einfügen:

umzugestalten, dass es **ressourcenschonend und ressourceneffizient** arbeitet sowie einen Beitrag zu mehr globaler Gerechtigkeit leistet. Dazu

Begründung

In diesem Antrag wurde die Außenwirkung der Eu nicht ausreichend berücksichtigt und muss deshalb ergänzt werden.

Ä1 zu A3: Gesellschaftliche Vielfalt in unserer Partei fördern

Antragsteller*innen Kreisverband Schweinfurt (beschlossen am:
09.01.2019)

In Zeile 65 einfügen:

Einladungen besser verständlich werden.

Parteiveranstaltungen sind nach Möglichkeit an Örtlichkeiten abzuhalten, die mit dem ÖPNV erreicht werden können. Sollte es Gründe geben Parteiveranstaltungen an Örtlichkeiten abzuhalten, die mit dem ÖPNV nicht oder nur in unzumutbarer Weise erreicht werden können, soll ein Abholservice vom nächstgelegenen Bahnhof / der nächstgelegenen Linienbushaltestelle seitens der für die Veranstaltung verantwortlichen Gliederung angeboten werden.

Begründung

Gewährleistet nicht nur das mobilitätseingeschränkte Personen ohne PKW überall mit dabei sein können, sondern dient auch dem Klimaschutz.

Ä1 zu F5: Neufestlegung des Anteils des Landesverbandes an den Mitgliedsbeiträgen

Antragsteller*innen Jens Backert (KV Lichtenfels)

Von Zeile 8 bis 10:

~~(neu)~~

~~Der Beitragsanteil des Landesverbandes pro Mitglied und Monat wird von der Landesversammlung beschlossen. (neu)~~

Für jedes Mitglied sind 2,38 € pro Monat an den Landesverband sowie der jeweils festgelegte Beitragsanteil für den Bundesverband abzuführen. . Die Beitragsanteile des Landesverbandes sowie des

Begründung

Der Landesverband profitiert schon jetzt von den vielen zusätzlichen Mitgliedern und deshalb sollte eine einmalige Erhöhung der Beitragsanteil des Landesverbandes ausreichend sein.

Die Erhöhung wäre maßvoll und von jedem KV zu tragen. Weiterhin wäre diese Regelung in der Finanzordnung des Landesverbandes nachlesbar und transparent. Dies wäre bei dem ursprünglichen Vorschlag nicht der Fall. Man bräuchte immer die jeweiligen Beschlüsse der LDK zusätzlich zur Hand.

Unterstützer*innen

Siegbert Koch (KV Lichtenfels)

Ä1 zu S1: Delegiertenschlüssel

Antragsteller*innen Markus Büchler MdL (KV München-Land)

In Zeile 13:

folgendes Verfahren: Die Zahl der Mitglieder des Kreisverbandes wird mit ~~320~~250

Begründung

320 Delegierte plus Grundmandate sind zu viel. Es entstehen insbesondere den großen KVs hohe Reisekosten. Große KVs haben Schwierigkeiten, so viele Delegierte zu wählen. Der Landesverband hat höhere Kosten, wenn größere Hallen gebucht werden müssen. Wenn der LV NRW mit 250 Delegierten und BaWü mit 200 Delegierten auskommen - beide ebenfalls mit 2 Grundmandaten für kleine KVs - werden uns in Bayern ebenfalls 250 Delegierte für gute Debatten und Entscheidungen auf den LDKen genügen. Kleine KVs werden durch diese Verkleinerung der LDK relativ gestärkt, da sie unverändert ihre beiden Grundmandate behalten. Alle KVs können wie bisher Interessierte wie z.B. Neumitglieder als Gäste anmelden, sodass die LDKen weiterhin für alle Interessierten offen sind.

Unterstützer*innen

Bezirksvorstand Oberbayern, Thomas von Sarnowski (KV Ebersberg), Gudrun Lux (KV München), Sylvio Bohr (KV München), Anna-Maria-Lanzinger (KV Erding), Eva Lettenbauer MdL (KV Donau-Ries)

Ä1 zu S7: Erweiterung des Landesvorstands

Antragsteller*innen Hermann Josef Brem (KV München-Stadt)

In Zeile 7:

- ~~der/dem~~einer/einem stellvertretenden Vorsitzenden und kommunalpolitischen
Sprecher*in.

Ä2 zu S7: Erweiterung des Landesvorstands

Antragsteller*innen Hermann Josef Brem (KV München-Stadt)

In Zeile 6:

- ~~der frauenpolitischer~~ einer stellvertretenden Vorsitzenden und frauenpolitischen
Sprecherin;